



Nummer: 165/2019
den 22.11.2019

Mitglieder des Kreistags
des Landkreises Esslingen

- Öffentlich
 Nichtöffentlich
 Nichtöffentlich bis zum
Abschluss der Vorberatung

- KT
 VFA 05. Dez. 2019
 ATU
 ATU/BA
 SOA
 KSA
 JHA

Betreff: Finanzausschussbericht zum 31. Oktober 2019

Anlagen: 1

- Verfahrensgang: Einbringung zur späteren Beratung
 Vorberatung für den Kreistag
 Abschließender Beschluss im Ausschuss

BESCHLUSSANTRAG:

Von der Fortschreibung des Finanzausschussberichts für das Haushaltsjahr 2019 wird Kenntnis genommen.

Auswirkungen auf den Haushalt:

Siehe nachfolgende Sachdarstellung.

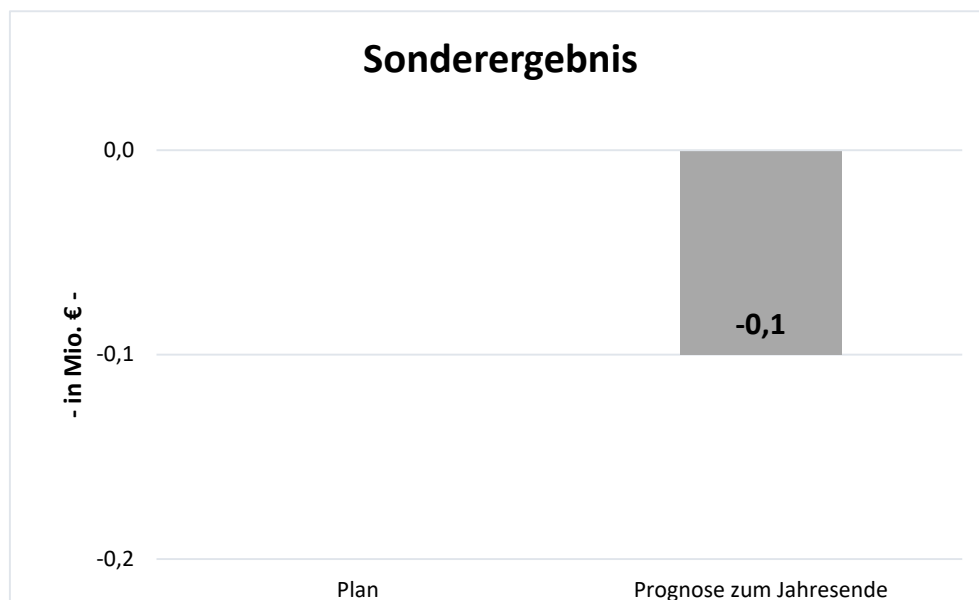
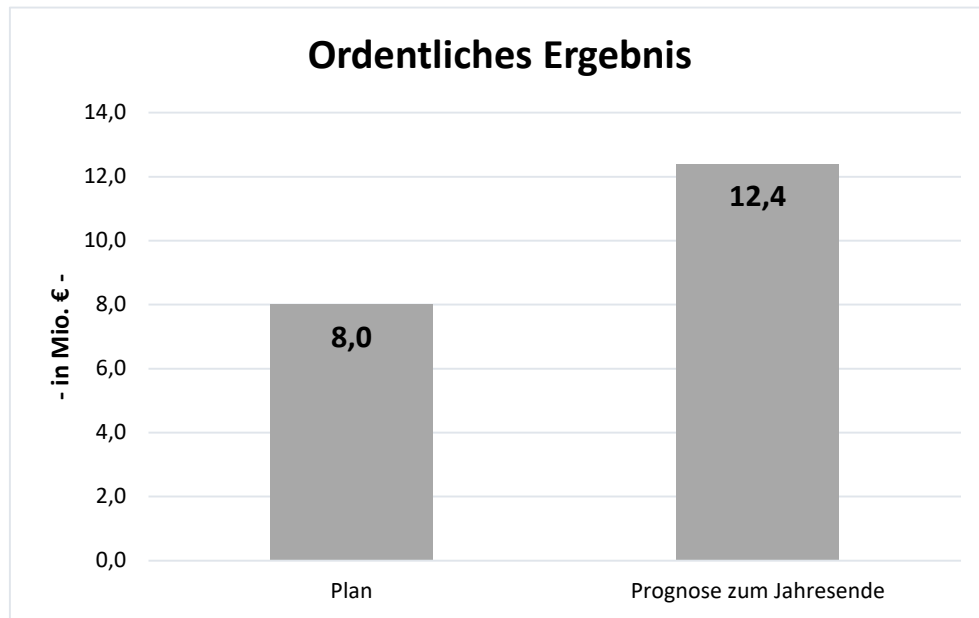
Sachdarstellung:

Die Mitglieder des Verwaltungs- und Finanzausschusses wurden mit Finanzausschussberichten in den Sitzungen am 18.07.2019 und 26.09.2019 über den Verlauf des Haushaltsjahres 2019 zum Stand 31.05.2019 bzw. 31.07.2019 informiert (siehe Sitzungsvorlagen Nrn. 90/2019 bzw. 95/2019).

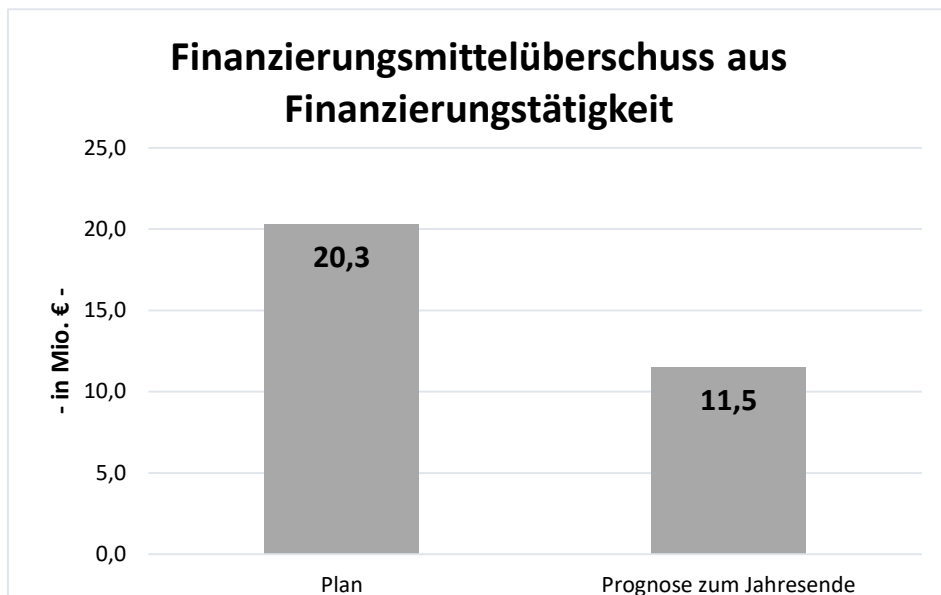
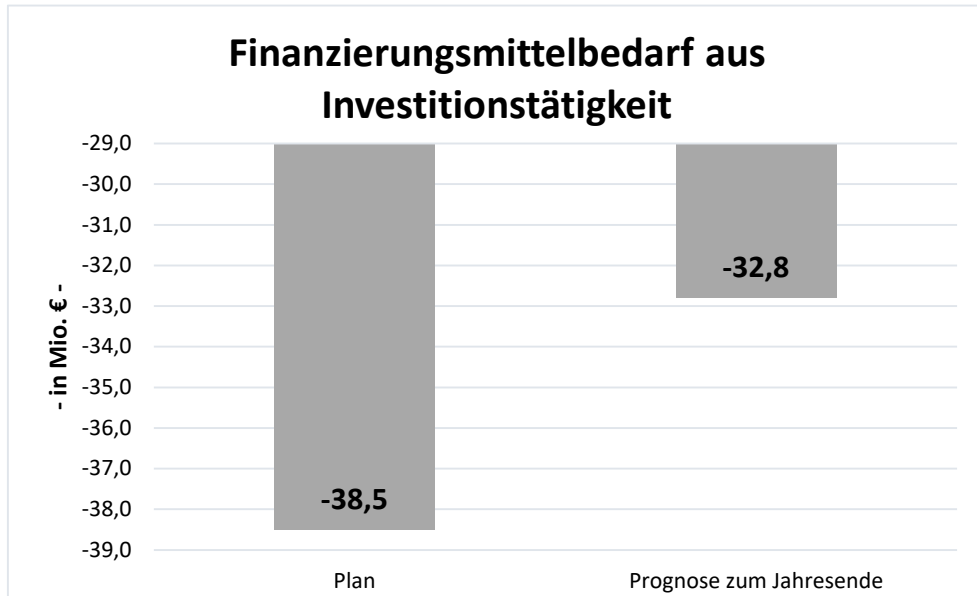
Die Prognose des Rechnungsergebnisses 2019 wurde zum Stand 31.10.2019 wie folgt fortgeschrieben:

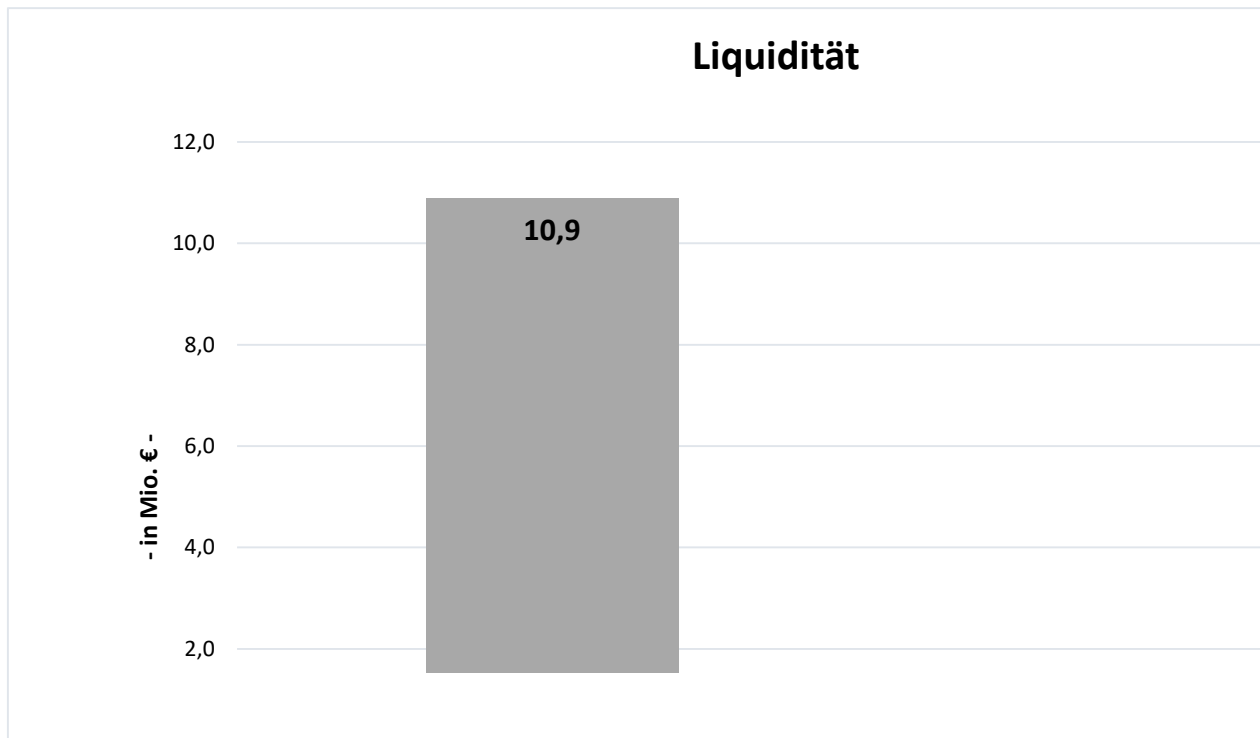
1. Finanzielle Eckdaten zum Stand des Haushaltsvollzugs 2019

1.1 Ertragslage



1.2 Finanzlage





1.3 Verschuldung



2. Haushaltsverlauf

Die voraussichtliche Verbesserung des **ordentlichen Ergebnisses** (siehe Seiten 3 bis 8 der Anlage) beträgt mittlerweile 4,4 Mio. € und ergibt sich durch Mehrerträge von insgesamt 9,2 Mio. € sowie durch Mehraufwendungen von insgesamt 4,8 Mio. €. Gegenüber der letzten Prognose zum 31.07.2019 bedeutet dies eine leichte Verbesserung um 0,3 Mio. €. Der weitere Anstieg der Nettoaufwendungen im Sozialen Leistungsbereich um 1,3 Mio. € auf 5,3 Mio. € kann durch höhere Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer und weiteren Einsparungen bei den Personalaufwendungen ausgeglichen werden. Die Prognose bei der Grunderwerbsteuer konnte um weitere 0,5 Mio. € nach oben korrigiert werden, so dass mittlerweile mit einem Plus von 3,5 Mio. € gerechnet wird.

Die Mehrerträge resultieren insbesondere aus dem Sozialen Leistungsbereich (+4,6 Mio. €), den Schlüsselzuweisungen (+1,0 Mio. €) und der Grunderwerbsteuer (+3,5 Mio. €). Außerdem wird mit einem Gebührenplus von 1,0 Mio. € gerechnet.

Die Mehraufwendungen betragen allein im Sozialen Leistungsbereich dagegen 9,9 Mio. €. Diesen stehen insbesondere geringere Personalaufwendungen (3,4 Mio. €) sowie die in 2019 nicht benötigten Mittel für die Felssanierung Ruine Reußenstein (1,0 Mio. €) gegenüber.

Die Reduzierung des **Finanzierungsmittelbedarfs aus Investitionstätigkeit** (siehe Seite 9 der Anlage) um 5,7 Mio. € ist im Wesentlichen auf den verzögerten Baufortschritt bei der Generalsanierung Rohräckerschule (2,9 Mio. €), dem geänderten Mittelabfluss beim Neubau Verwaltungsgebäude Plochingen (2,5 Mio. €), voraussichtlichen Erlösen aus dem Verkauf von Gemeinschaftsunterkünften (2,0 Mio. €), Wenigerauszahlungen bei der Breitbandversorgung (0,5 Mio. €), bei der Verlängerung Stadtbahn Leinfelden (U5) (0,2 Mio. €) sowie bei der Verlängerung Stadtbahn Flughafen/Messen (U6) (0,5 Mio. €) zurückzuführen.

Demgegenüber stehen Wenigereinzahlungen bei der Albert-Schäffle-Schule von 2,8 Mio. €, da die Förderzusage des Landes noch aussteht und mit einem Zahlungseingang in 2019 nicht mehr gerechnet wird.

Der **Finanzierungsmittelüberschuss aus Finanzierungstätigkeit** reduziert sich um 8,8 Mio. € und setzt sich wie folgt zusammen:

	Mio. EUR
Verbesserung des Finanzierungsmittelbedarfs aus Investitionstätigkeit	-5,7
Finanzierung Grunderwerb Neubau Verwaltungsgebäude Plochingen	-2,9
aus der Verbesserung des ordentlichen Ergebnisses 2019	
Reduzierung der Kreditermächtigung	-8,6
Außerordentliche Tilgung von öffentlichen Baudarlehen	-0,2
Reduzierung des Finanzierungsmittelüberschusses aus Finanzierungstätigkeit	-8,8

Die bereinigten **liquiden Eigenmittel zum Jahresende** betragen voraussichtlich 21,3 Mio. €

Wie bereits im Rahmen der Finanzzwischenberichte zum 31.05.2019 und zum 31.07.2019 ausgeführt, wurde im Haushaltsplan 2019 von einem zusätzlichen Liquiditätszufluss von 5,4 Mio. € aufgrund der Vorgriffszahlungen des Landes im Rahmen der Flüchtlingsunterbringung ausgegangen. Mittlerweile rechnet die Verwaltung beispielsweise nicht mehr damit, dass das Land die Restforderung aus der Spitzabrechnung 2017 in Höhe von 4,5 Mio. € in 2019 ausgleichen wird. Außerdem wird die Forderung aus der Spitzabrechnung 2019 etwas höher ausfallen als bei der Planaufstellung angenommen. Die Forderungen gegenüber dem Land reduzieren sich daher in 2019 nicht wie geplant um 5,4 Mio. €.

Von den bereinigten liquiden Eigenmitteln in Höhe von 21,3 Mio. € sind 8,0 Mio. € in einem Bausparguthaben sowie weitere 0,8 Mio. € für eine zweckgebundene Verwendung eines Nachlasses im Rahmen eines Inklusionsprojektes (VFA vom 06.12.2018 Nr. 133/2018) gebunden.

Die Verbesserung des ordentlichen Ergebnisses 2018 beträgt 17,4 Mio. € (siehe VFA vom 18.07.2019 Nr. 88/2019). Davon werden 13,5 Mio. € entsprechend dem Beschluss des Kreistages vom 13.12.2018 (Nr. 140a/2018) zur Eigenfinanzierung der Investitionen für die Einzahlung in einen Bausparvertrag gebunden. Die Einzahlung erfolgt sobald die Mindestliquidität erreicht wird. Der Landkreis wird jedoch erst dann über eine ausreichende Mindestliquidität verfügen, wenn die Forderungen gegenüber dem Land aus der Flüchtlingsunterbringung, die auch Ende 2019 rund 23 Mio. € betragen werden, vollständig ausgeglichen sind. Damit ist mittlerweile auch in 2020 nicht mehr zu rechnen. Momentan gehen wir davon aus, dass in 2020 der Abbau der Forderungen rund 8 Mio. € betragen wird, so dass wenigstens ausreichend Mittel zur Einzahlung in einen weiteren Bausparvertrag zur Verfügung stehen.

Die bereinigten liquiden Eigenmittel zum Jahresende ohne gebundene Mittel von voraussichtlich -1,0 Mio. € verfehlen die Mindestliquidität von 10,9 Mio. € somit um rd. 11,9 Mio. €.

3. Verwendung der voraussichtlichen Verbesserung des ordentlichen Ergebnisses

Von den voraussichtlichen Verbesserungen des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von rund 4,4 Mio. € werden 0,2 Mio. € für die Finanzierung der außerordentlichen Tilgungen sowie 2,9 Mio. € für den Grunderwerb Neubau Verwaltungsgebäude Plochingen benötigt. Die verbleibende Verbesserung von 1,3 Mio. € wird bei der Haushaltsplanung 2020 für die Eigenfinanzierung der Investitionen vorgesehen.

Heinz Eininger
Landrat